

## Soziale Integration und ethnische Identifikation in (benachteiligten) Stadtquartieren

Waltz, Viktoria

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Waltz, V. (1997). Soziale Integration und ethnische Identifikation in (benachteiligten) Stadtquartieren. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Differenz und Integration: die Zukunft moderner Gesellschaften ; Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im Oktober 1996 in Dresden ; Band 2: Sektionen, Arbeitsgruppen, Foren, Fedor-Stepun-Tagung* (S. 653-658). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-138267>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

- Hanesch, Walter et al. 1994, Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Reinbek.
- Häußermann, Hartmut; Kazepov, Yuri 1996, Urban Poverty in Germany: a Comparative Analysis of the Profile of the Poor in Stuttgart and Berlin. In: Mingione, Enzo (ed.), *Urban Poverty and the Underclass*. Oxford (UK), Cambridge (USA), 343-369.
- Heitmeyer, Wilhelm; Müller, Joachim; Schröder, H. 1996, Zukunft in der Abkehr? In: *DIE ZEIT* v. 23.8.
- Kronauer, Martin 1997, »Soziale Ausgrenzung« und »Underclass«: Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung. In: *Leviathan* H.1, 28-49.
- Krummacher, Michael/ Waltz, Viktoria 1996, Einwanderer in der Kommune. Analysen, Aufgaben und Modelle für eine multikulturelle Stadtpolitik. Essen.
- Murray, Charles 1984, *Losing Ground: American Social Policy, 1950-1980*. New York.
- Rommelspacher, Thomas; Oelschlägel, Dieter 1989, Armut im Ruhrgebiet – Regionale Entwicklungstrends und kleinräumige Prozesse am Beispiel eines Duisburger Elendsgebietes. In: Breckner, Ingrid u.a., *Armut im Reichtum. Erscheinungsformen, Ursachen und Handlungsstrategien in ausgewählten Großstädten der Bundesrepublik*. Bochum: 275-292.
- Schweikert, Klaus 1993, *Ausländische Jugendliche in der Berufsausbildung: Strukturen und Trends. Berichte zur beruflichen Bildung* 164. Berlin; Bonn.
- Seifert, Wolfgang 1995, *Die Mobilität der Migranten: die berufliche, ökonomische und soziale Stellung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. Eine Längsschnittanalyse mit dem sozio-ökonomischen Panel, 1984-1989*. Berlin.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) 1992, *Datenreport 1992. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn.
- Wilson, William Julius 1987, *The Truly Disadvantaged. The Inner City, the Underclass, and Public Policy*. Chicago, London.

Dipl.-Soz. Peter Bremer, Carl-von-Ossietzky-Universität, Institut für Soziologie, AG Stadtforschung, PF 25 03, D-26111 Oldenburg

### 3. Soziale Integration und ethnische Identifikation in (benachteiligten) Stadtquartieren

*Viktoria Waltz*

Dieser Beitrag ist aus hochschulübergreifenden Arbeitszusammenhängen in Seminaren, Studienprojekten und Forschungsvorhaben mit Michael Krummacher entstanden. Unser Zugang zum Thema Migration ist die Kommune und kommunales Handeln aus sozial-politischer und sozial-raumplanerischer Sicht.

#### *1. Benachteiligung statt soziale Integration*

Zuerst einmal müssen wir konstatieren, daß eine im weitesten Sinne soziale Integration der in den letzten 30 Jahren vor allem über Arbeitskontrakte Zugewanderten und ihrer Familien nicht stattgefunden hat. Die formelle *Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt* durch tarifrecht-

liche Gleichbehandlung hat wenig daran geändert, daß sowohl die sog. erste Generation als auch die folgenden in den schlecht bezahlten und gesundheitsgefährdenden sowie in den von Rationalisierung und Schließung bedrohten Arbeitsbereichen verblieben sind. Die verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen der ›Ausländer‹haushalte sind sehr viel niedriger, das Ausmaß der Einkommensarmut ist ebenfalls deutlich höher als bei (west-)deutschen Erwerbstätigen bzw. Haushalten (vgl. Krummacher/Waltz 1996, Tränhardt u.a. 1995, Hanesch u.a. 1994).

Trotz diverser *Integrationsangebote im Ausbildungsbereich* und steigender Ausbildungsabschlüsse ist es dabei geblieben: Kinder *ausländischer Herkunft* sind mehr als doppelt so hoch vertreten bei den Schulabgängern ohne Abschluß, umgekehrt sind die SchülerInnen *deutscher Herkunft* mehr als doppelt so hoch vertreten bei weiterqualifizierenden Abschlüssen (vgl. auch: Ausländerbeauftragte Berlin 1994; AID 3,1994; MAGS NRW 1995).

Obwohl sich die *Wohnverhältnisse* im Zuge von Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen auch für die Zuwanderer in den letzten Jahrzehnten generell verbessert (auch überdurchschnittlich verteuert) haben, gelten ausländische Haushalte nach wie vor als unbeliebte Mietergruppe und haben sie unabhängig von ihrer Mietzahlungsbereitschaft Zugangsschwierigkeiten zu angemessenen Wohnungen in von ihnen gewünschten Wohnquartieren. Deshalb verfügen sie über etwa ein Viertel weniger Wohnfläche und über weniger als die Hälfte qm pro Person als deutsche Haushalte, wohnen sie also nach wie vor oft in zu kleinen Wohnungen, darüber hinaus in Wohnungen mit baulichen Mängeln und schlechter Ausstattung, in ungünstigem, lautem und umwelt- bzw. gesundheitsschädlichem Wohnumfeld, zahlen sie für vergleichbare Wohnungen häufig höhere Mieten als deutsche Haushalte und genügt das Wohnumfeld ihren sozialen und kulturellen Bedürfnissen in keiner Weise. Die Wohnversorgung der Zuwanderer ist immer noch ein Musterbeispiel für strukturelle Diskriminierungsbarrieren, hier des Wohnungsmarktes. Letzteres trifft allerdings auch auf deutsche Minderheitengruppen zu (z.B. Arme, Kinderreiche und Alleinerziehende) (vgl. Krummacher, Waltz 1996, MAGS NRW 1995).

Nehmen wir die fehlenden politischen und demokratischen Rechte hinzu, so muß konstatiert werden, daß strukturelle wie migrationsspezifische Behinderungen den Spielraum für individuelle und gesellschaftliche Integrationsprozesse der MigrantInnen nach wie vor erheblich einengen.

## *2. Segregation in segregierten Stadtquartieren*

Nun sind aber die MigrantInnen mit diesen Behinderungen und Benachteiligungen nicht allein. Ihre soziale Desintegration konzentriert sich vor allem in den benachteiligten, *segregierten Stadtquartieren* der großen Städte. Dort treffen sie auf hohe Konzentrationen von anderen durchsetzungsschwachen, benachteiligten, deutschen Gruppen. Zum Beispiel weist die Dortmunder Nordstadt, ein Gründerzeitviertel mit etwa 50.000 EinwohnerInnen, in der etwa 38 % der Wohnbevölkerung ausländischer Herkunft sind, eine hohe Konzentration der (deutschen) Armen auf. Dort leben über 25 % aller Arbeitslosen, 50 % aller sog. Langzeitarbeitslosen, 30 % aller Sozialhilfeempfänger, 30 % der Alleinerziehenden und 20 %

der registrierten Drogenabhängigen der Stadt (vgl. Stadt Dortmund 1990, Krummacher u.a. 1995).

Typische benachteiligte Stadtquartiere mit sichtbaren sozialräumlichen Defiziten bilden die großstädtischen *Altbaubgebiete der sog. Gründerzeit*, die großstädtischen *Neubaugebiete der 60er/70er Jahre* und die vor allem im Ruhrgebiet zahlreichen *frühindustriellen Arbeiterkolonien*. Die sozialen Problemlagen für größere Teile der dortigen Wohnbevölkerung werden ergänzt durch ein Reihe von planerisch und baulich definierten Mängeln wie hohe Verkehrsbelastung, hohe Umweltbelastung, hohe Wohndichte, schlechte oder veraltete und vernachlässigte Baustuktur, schlechte oder geringe Wohnqualität, schlechte oder geringe Wohnumfeldqualität sowie Unterversorgung mit sozialer Infrastruktur (vgl. Krummacher, Waltz 1996).

Statt De-Eskalations- und Stabilisierungsprozesse einzuleiten, tragen die meisten Kommunen durch ihre aktuellen *Modernisierungsprozesse* zur Verschärfung der sozialräumlichen Krise und der Segregation dieser Stadtteile bei (vgl. Alisch, Dangschat 1993). Die schlechten sozialräumlichen Rahmenbedingungen führen zu ungewollter Konkurrenz der verschiedenen benachteiligten Gruppen untereinander auf dem strukturell verengten Wohnungsmarkt für Wohnungen zu günstigen Mieten, auf dem enger werdenden Arbeitsmarkt für wenig qualifizierte Tätigkeiten und um die unzureichenden Sozial- und Bildungseinrichtungen. Aus diesem Zusammenhang wird aktuell wieder die »Ethnizität« für Konflikte verantwortlich gemacht (vgl. NRZ 14.11.96), die eher der städtischen Entwicklungspolitik, den Gesetzen des Wohnungsmarkts und den Globalisierungs-, Rationalisierungs- und Modernisierungsstrategien der Unternehmen geschuldet werden müssen und die struktureller Natur sind.

### 3. Identität im Raum als Kategorie für soziale Integration

Reale Konflikte können nicht mit dem Anspruch einer multikulturell verträglichen Sichtweise weg-idealisiert werden. Aber die Möglichkeit und die Fähigkeit zur Konfliktaustragung und zur Konfliktlösung setzen objektive, materielle Rahmenbedingungen und Räume voraus, ebenso muß die subjektive Disposition möglich und vorhanden sein. Ohne Identität, sowohl mit sich selbst als auch mit den umgebenden Erwartungen, ist integrales Handeln sowohl für den /die Einzelne/n als auch für eine Gruppe nicht denkbar (vgl. Lubig 1990). Der Prozeß *subjektiver Identitätsfindung* muß im Falle der MigrantInnen an *die mitgebrachten kulturellen Identitäten, Werte und Symbole* anknüpfen können, um sie im Sinne neuer Identitäten in den individuellen Integrationsprozeß kreativ einbringen zu können (vgl. Planergruppe Oberhausen 1982, Waltz 1995).

Soziale Identität als Übereinstimmung zwischen Individuum und Gesellschaft hängt in hohem Maße von den realen Chancen zur Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen und Fortschritten ab. Wie wir gesehen haben, bestehen erhebliche Defizite, die es nicht einfach machen, sowohl persönliche als auch soziale Identität und Integration auf diesem Wege herzustellen (vgl. Huster 1994). Integrationsleistungen und Identifikationsbemühungen sind keine Einbahnstraße und kommen nicht von selbst. Identifikations- und Integrationsprozesse sind an Räume und an konkrete Praktiken der Raumnutzung und Raumaneignung ge-

bunden. Das städtische Quartier kann *den Raum zur Identitätsfindung und zur Integrationsleistung* anbieten oder verweigern. Symbolflächen, Symbolräume, Treffpunkte, Kommunikationsräume, Räume zur Selbstdarstellung, gestaltbare Räume, Freiflächen und Kulturräume, Arbeitsplätze und soziale Einrichtungen, sowie eine konsequente Beteiligung an der Gestaltung und Nutzung dieser Räume sind notwendig.

Schließlich zeigt sich *Identität in den praktischen Raumnutzungen* der Wohnbürgerschaft. Straßen, Geschäfte, gewerbliche Räume, Wohngebäude, Kultur- und Freiräume verändern sich durch den Prozeß der Migration seit es die Stadt gibt. Die Stadt ist Migration, erweitert sich durch Migration und verändert im Laufe der Zeit ihr äußeres Bild und ihre Struktur (vgl. Venzke 1992). Daß es in diesem Prozeß zu Konkurrenzen, Rückzügen und Verweigerungen des Zugangs kommen kann, ist tägliche Erfahrung und Gesprächsstoff auf der Straße, in der Presse, in Bezirksvertretungen, Parteien, Kirchen und Vereinen (vgl. die zur Zeit in Duisburg Marxloh und Laar äußerst kontrovers geführte Debatte um einen Antrag zweier Moscheen zum freitäglichen Muezzinruf im kommenden Ramadan).

Städtischer Raum ist der entscheidende *Integrationsrahmen für die Annäherung der Kulturen und für Konfliktaustragung*. Beträume versteckt in schmutzigen Hinterhöfen, Frauen in Gemeinschaft, zurückgezogen zwischen Brandmauer und Abfalltonnen, im Haus verwiesen auf zu kleine Wohnungen, halblegale und bedrohte Pflanzaktionen auf unbebauter Stadtbrache, Quartiere verunsichernde nationale Jugendbanden, aber auch Straßen verunsichernde »deutsche« Drogensüchtige, sind die sichtbaren *Gradmesser und Zeichen* für das Maß an individueller und sozialer Des-Integration.

Aber gibt es eine Alternative zu Integrationsangeboten, die die Dialektik von Segregation und Integration positiv wenden helfen? Kann es anders in Zukunft gehen als die Identität der »anderen« zu akzeptieren, ihr Raum zu geben und darüber Anknüpfungspunkte für Kommunikation, Austausch und Integration auf der Basis von Gleichwertigkeit, Anerkennung und Einbeziehung zu fördern?

#### 4. *Der krisenhafte Prozeß in benachteiligten Stadtteilen läßt sich nur unter Berufung auf die Potentiale seiner Bewohnerschaft und mit Hilfe ihrer aktiven Beteiligung überwinden.*

Die klassische sozialpolitische Aufgabe der Kommunen besteht darin, ihre Ressourcen sozial und räumlich so einzusetzen, daß *alle* Gruppen der Stadtbevölkerung annähernd *gleiche Lebenschancen* erhalten. Dabei sind die BewohnerInnen selbst nach aufgeklärtem Politik- und Planungsverständnis heute als Ressource anzusehen. Hinsichtlich dieser Aufgabe und ihrer Verantwortung zur Gestaltung der multikulturellen Realität vor allem in den benachteiligten Stadtteilen haben (nicht nur) die Ruhrgebietsstädte bislang leider weitgehend versagt. Sie haben sich in ihrer Politik bis heute kaum auf die Lebenslagen und Handlungschancen (nicht nur) der MigrantInnen bezogen. Das gilt gleichermaßen für die kommunale Beschäftigungspolitik, die Wohnungs-, Wohnumfeld- und Stadtteilpolitik und für die vorschulische, schulische und berufliche Bildung. Eine echte demokratische Legitimation wurde darüber hinaus bei den MigrantInnen nicht gesucht.

Es wird außerdem Zeit damit Schluß zu machen, die MigrantInnen trotz ihrer sozialstrukturellen Benachteiligung generell als bemitleidenswerte Opfer zu betrachten. Eine nur »fürsorgende« *Ausländerpolitik*, wie sie zumeist von den Wohlfahrtsverbänden betrieben wird, verstellt den Blick für die *Chancen, Kompetenzen und Potentiale*, die die MigrantInnen dem Stadtteil und der Mehrheitsgesellschaft zu bieten haben. Gemeint sind ihre wirtschaftlichen, handwerklichen, sozialen und kulturellen Fähigkeiten, ihre Selbsthilfepotentiale, ihre Solidarzusammenhänge, ihre Migrationserfahrung und nicht zuletzt ihr Beitrag zur Entprovinzialisierung unserer Städte. »Ethnie« als Ressource? Warum nicht, solange damit nicht Stigmatisierung und Fixierung auf bestimmte Bilder und Merkmale gemeint ist. Ich würde eher formulieren: *Recht auf Ethnie* und gleichzeitig *Recht, aber nicht Pflicht zur Veränderung*. Wobei uns bewußt sein sollte, daß sogenannte »ethnische Identitäten« auch kein Einheitsbild darstellen.

Nicht Radikalsanierung und Gentrifizierung oder eine erzwungene »soziale Mischung« als oberstes Planungsziel helfen weiter, sondern die Förderung der bestehenden sozialen Kräfte, unter denen die MigrantInnen ein besonders dynamisches Element sein könnten und die Orientierung der Stadtpolitik auf die realen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der realen Bewohnerschaft. Ein durch Rahmenprogramme der Städte gestütztes Zusammenspiel der Förderung von Identitäten und Mobilisierung der Potentiale (auch) der MigrantInnen, die Bereitstellung von Raum und eine ernsthaft betriebene Beteiligung könnte die sanften Erneuerungs- und Stabilisierungsprozesse in den vernachlässigten Stadtteilen unserer großen Städten einleiten, die so dringend gebraucht werden, um der sozialen Krise etwas entgegenzusetzen. Schließlich ist die sog. »ethnische« Frage doch vor allem eine »soziale Frage«, deren »Lösung« alle Bewohner der benachteiligten Stadtteile betrifft.

### Literatur

- AID, *Ausländer In Deutschland*, 3.1994.
- Alisch, Monika, Dangschat, Jens S., 1993: *Die solidarische Stadt. Ursachen von Armut und Strategien für einen sozialen Ausgleich*. Darmstadt.
- Ausländerbeauftragte Berlin, die Ausländerbeauftragte des Senats von Berlin, (Hg.), 1994: *Bericht zur Integrations- und Ausländerpolitik*. Berlin.
- Hanesch, W. u.a., (Hg.), 1994: *Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes*, Reinbeck bei Hamburg.
- Huster, E.Ulrich, 1994: *Soziale Ausgrenzung in der Bundesrepublik Deutschland – Berichterstattung 1990-1994*, Bochum (=EC Observatory on national policies to combat social exclusion).
- Krummacher, Michael u.a., 1995: *Ausländer und Ausländerinnen im Stadtteil. Beispiel Dortmund Nordstadt. Probleme, Konflikte und notwendige Reformen*. Bochum (= Reihe Denken und Handeln Bd. 25, Schriftenreihe der Evangelischen Fachhochschule RWL-Bochum).
- Krummacher, Michael; Waltz, Viktoria, 1996: *Einwanderer in der Kommune. Analysen, Aufgaben und Modelle für eine multikulturelle Stadtpolitik*. Essen.
- MAGS NRW, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, (Hg.), 1995: *Landessozialbericht Ausländerinnen und Ausländer in Nordrhein Westfalen*. Düsseldorf.
- NRZ Neue Ruhrzeitung, Ausgabe Duisburg-Nord.

- Lubig, E. 1990: Segregation, Integration, Binnenintegration. Argumente für einen Perspektivwechsel in der Arbeitsmigrationsforschung. In: ILS, Institut für Landes- und Stadtentwicklung, (Hg.): *Ausländer und Stadtentwicklung*. Schriftenreihe 30. 24ff.
- Planergruppe Oberhausen, Bossard, Robert, Rommelspacher, Thomas, 1982: *Türkische Gärten im Ruhrgebiet*, Analysen und Beobachtungen zum Thema »Freiraumansprüche der türkischen Bevölkerung«. o.O. (Oberhausen).
- Stadt Dortmund, Dietrich Keuning Haus 1990: Handlungsansätze zur Verbesserung der Lebenssituation in der Nordstadt im sozial-kulturellen Bereich. Bericht vom 28.5.1990. Dortmund.
- Tränhardt, D., Dieregswiler, R., Santel, B., Funke, M., 1995: *Landessozialbericht Ausländer und Ausländerinnen in Nordrhein-Westfalen*. Düsseldorf. (=MAGS Landessozialbericht No. 6).
- Venzke, Birgit, 1992: *Ethnologie Urbaine – Theoretische und methodische Grundlagen zur Analyse pluriethnischer Räume*, Dortmund. Diplomarbeit FB Raumplanung, Universität Dortmund.
- Waltz, Viktoria, 1995: *Die Krise der Städte und ethnisch-kulturelle Konflikte*. Unver. Beitrag zur gleichnamigen Tagung an der Universität Bielefeld vom 26.10.1995.

Dr. Viktoria Waltz, Univ. Dortmund, Fak. Raumplanung, IRPUD, D-44221 Dortmund

#### 4. Migrationen und »ethnische« Stigmatisierung in Frankreich

*Hervé Viellard-Baron*

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann in Frankreich eine rasche Urbanisierung. 600 Sozialwohnungssiedlungen mit jeweils mindestens 1.000 Wohneinheiten wurden zwischen 1955 und 1975 erbaut, meistens in den Randgebieten großer Städte. Das Problem des städtischen Wachstums stellte die Stadtzentren in Opposition gegen die Peripherie. In den 80er Jahren erfuhr dieses Problem eine neue Dimension: Das Funktionieren der Gesellschaft als Ganzes wird in Frage gestellt. Mit der Präsidentschaft F. Mitterrands beginnt eine Stadtplanungspolitik, die das soziale Problembewußtsein beschleunigt. Die positive Diskriminierung (»mehr für die tun, die am meisten benachteiligt sind«) sollte die als »soziale Brennpunkte« eingestuft Gebiete zu einer Norm zurückführen, die auf statistischen bzw. geographischen Kriterien beruht (Alter der Population, Anteil an Arbeitslosen und Ausländern, Bildung von Enklaven durch Straßen- und Schienenwege, usw.).

Fünfzehn Jahre nach dem Beginn dieser Politik ist festzustellen, daß die problematischsten Zonen nicht »aufgeholt« haben; einige haben heute sogar ein negativeres Image. Sozialarbeiter, Angestellte der Sozialwohnungsämter und Polizisten benutzen zunehmend die Bezeichnung »ethnisch/Ethnie« für die Bewohner dieser Siedlungen, besonders in den Vorstädten von Paris und Lyon. Das Bezeichnen einer Gruppe als »Ethnie« stellt also, nach »ausländischer Nationalität« und der »Adresse« eine verhüllte Ablehnung dar. Im allgemeinen Gebrauch bleibt der Begriff vage, verweist aber auf die Wahrnehmung von Unterschieden in Sprache, Lebensstil und Religion.

Wir wollen zunächst auf die Besonderheiten der Immigration in Frankreich und den Zugang zur Nationalität eingehen. Danach soll aufgezeigt werden, wie der Begriff »Ethnie« von den sozialen Institutionen einerseits und von den Jugendlichen ausländischer Abstammung andererseits gebraucht wird.